



Agrarreform - Anliegen der Direktbetroffenen berücksichtigen !

Das Bundesamt für Landwirtschaft hat kürzlich eine Auswertung der Vernehmlassung zur AP 2007 publiziert und ist jetzt daran die Vorschläge zu überarbeiten, damit die Botschaft voraussichtlich Ende Mai an das Parlament verabschiedet werden kann. Bundesrat und Verwaltung sind aufgerufen im Rahmen dieser Ueberarbeitung den Anliegen der direktbetroffenen Bauernfamilien einen besonderen Stellenwert einzuräumen. Deshalb sei nochmals auf die Situation in der Landwirtschaft und auf einige wichtige Aspekte, die es bei der Weiterentwicklung der AP zu beachten gilt, hingewiesen.

Es ist erstaunlich und es verdient grosse Anerkennung, wie offensiv der überwältigende Teil der Bauernfamilien auf die Herausforderungen der Agrarreform reagierte. Landesweit werden grosse Anstrengungen unternommen, um günstiger zu produzieren und besser zu verkaufen und dies bei gleichzeitiger Verbesserung der Oekologie. Der durchschnittliche Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft aller Betriebe liegt aber trotzdem bedenklich tief. Zahlreich sind jene Betriebe, welche im Gefolge der Agrarreform in existenzielle Schwierigkeiten geraten sind. Die physische und psychische Belastung ist auf vielen Betrieben zu einem echten Problem geworden. Es ist wichtig, diese Kehrseite der Medaille nicht einfach auszublenden. Auch und gerade hier braucht es für die Zukunft Lösungen, insbesondere im sozialen Bereich.

Der Verfassungsauftrag und die qualitative Nahrungsmittelsicherheit müssen Richtschnur für die AP 2007 sein. Dies gilt insbesondere auch für laufende oder kommende internationale Verhandlungen. Die AP 2007 sieht zu stark vor, dass die Liberalisierung in der Landwirtschaft möglichst weit vorangetrieben wird, damit in künftigen Verhandlungen möglichst keine Schwierigkeiten mehr vorhanden sind. Dieser Ansatz ist falsch: Aufgabe des Bundes muss es sein, den Verfassungsauftrag umzusetzen und - dies gehört eben auch dazu - diesen international abzusichern. Der immer wieder durchschimmernde Wille zu einer möglichst weitgehenden Liberalisierung des Agrarbereiches ist unter diesem Gesichtswinkel falsch. Der Abbau des Grenzschutzes darf deshalb nicht über das in der WTO vereinbarte Mass erfolgen, zudem gilt es, zuerst die qualitativen Anforderungen an die Leistungen der Landwirtschaft umzusetzen.

In jüngerer Zeit ist - insbesondere im Zusammenhang mit verschiedenen Lebensmittelskandalen - die qualitative Sicherheit der Lebensmittel zu einem zentralen politischen Thema geworden. Eine der wichtigsten Aufgaben der Landwirtschaft liegt denn heute auch darin, die qualitativen Anforderungen der Konsumenten sicherzustellen und ihr Vertrauen zu rechtfertigen. Dieser Aspekt ist noch ungenügend berücksichtigt. Hier erhält die Landwirtschaft eine ganz wesentliche Aufgabe im Sinne des Service Public. Diese Funktion wird der Markt von sich her nicht erfüllen. Im Gegenteil: Die Erfahrung zeigt, dass ein allzu freier und unkontrollierter Handel mit Gefahren für die Lebensmittelsicherheit verbunden ist. Es wird künftig eine wichtige Aufgabe des Staates sein, die Voraussetzungen zu schaffen, dass diese Aufgabe im Dienste der Öffentlichkeit auch tatsächlich erfüllt wird. Dazu gehört, dass in Sachen Produktionsmethoden und Herkunft der Produkte für Transparenz gegenüber den Konsumenten gesorgt wird.

Eine gewisse Extensivierung ist sicher als Ziel der Agrarreform gerechtfertigt. Aber gerade im Zusammenhang mit der Reduktion der Marktstützung im Milchsektor ist zu befürchten, dass die Attraktivität der Milchproduktion verloren geht. Es ist deshalb nicht einzusehen, weshalb man auf der einen Seite prinzipiell die Marktstützung senken will und dann auf der andern Seite wieder gewissermassen produktionsnahe Formen der Direktzahlungen einführen will.

Ein Ziel der neuen Agrarpolitik besteht in der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Agrarprodukte: Heute ist festzustellen, dass dieses Ziel verfehlt wurde. Wohl sind die Preise für die Produzenten empfindlich gesunken, an der Front ist jedoch keine Entspannung in Richtung bessere preisliche Wettbewerbsfähigkeit festzustellen. Hier ist Handlungsbedarf in dem Sinne, dass verbesserte Wettbewerbsfähigkeit auf allen Stufen umzusetzen ist. Ungelöst ist auch das Problem des hohen Kostenumfeldes. Für die Bauern ist es keine Perspektive, wenn das Kostenumfeld gar teurer wird, die Preise sinken und der Abstand zu den Vergleichseinkommen immer grösser wird. Neue Auflagen sind daher unbedingt zu vermeiden. Wo gleichwohl neue Auflagen kommen, müssen diese auch gesondert abgegolten werden.



SBV Schweizerischer Bauernverband **USP** Union Suisse des Paysans **USC** Unione Svizzera dei Contadini **UPS** Uniun Purila Svizra

Die neue Agrarpolitik ist auch mit einem grossen administrativen Aufwand verbunden. Eine qualitativ gute Kontrolle ist unerlässlich. Allerdings besteht heute ein schwerfälliges und aufwändiges System. Diesem Punkt ist in nächster Zeit grosse Beachtung zu schenken. Mit schlankeren Lösungen kann der administrative Aufwand gesenkt und die Akzeptanz der neuen Agrarpolitik bei den Bäuerinnen und Bauern erhöht.

Urs Schneider, Leiter Departement Kommunikation, Schweizerischer Bauernverband